

641/J XXIII. GP

Eingelangt am 10.04.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Josef Muchitsch

und GenossInnen

an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

betreffend Beschäftigung älterer Menschen

Die derzeit gültige Schwerarbeitsregelung bringt den meisten schwer arbeitenden Menschen nichts, weil sie die äußerst eng definierten Anspruchsvoraussetzungen nicht erreichen. Es ist daher notwendig, diese Regelung komplett zu überarbeiten und auf die Bedürfnisse der schwer arbeitenden Menschen abzustimmen. Gleichzeitig müssen Maßnahmen gesetzt und Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit zu geben, länger und gesund in Beschäftigung zu bleiben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen sind geplant, um ältere Arbeitnehmer länger in Beschäftigung zu halten und welche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind geplant, um ein „gesundes“ und „altersgerechtes“ Arbeiten auch zu ermöglichen?
2. Wird es neue Anreizsysteme für Betriebe geben, die ältere Arbeitnehmer beschäftigen?
3. Wird es zusätzliche Budgetmittel für Maßnahmen geben, mit denen ältere Arbeitnehmer länger in Beschäftigung gehalten werden können?
4. Warum wurden von der alten Bundesregierung die Zugangskriterien und Anspruchsvoraussetzungen zur Schwerarbeitsregelung so ausgerichtet, dass sie in der Praxis von kaum einem Schwerarbeiter/einer Schwerarbeiterin erfüllt werden können?
5. Wer konkret trägt Schuld daran, dass wirklich schwer arbeitende Menschen vom Zugang zur Schwerarbeitsregelung ausgeschlossen sind?
6. Wird es Maßnahmen für jene geben, die auf Grund schwerster Arbeit und daraus resultierender gesundheitlicher Schädigungen nicht in der Lage sind, ihren Beruf bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter auszuüben? Werden diese Menschen weiterhin auch noch mit Abschlagen bei der Pension bestraft?

7. Was werden die verantwortlichen Ministerien unternehmen, um sicherzustellen, dass schwerst arbeitende Menschen künftig ihr gesamtes Berufsleben lang eine berufsbegleitende Gesundheitsvorsorge in Anspruch nehmen können und dass ihre beruflichen Belastungen möglichst minimiert werden?

8. Warum wurden Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, wie z.B. die Schwerarbeitsstudie von WIFO und FORBA, die von Gewerkschaft Bau-Holz und Arbeiterkammer in Auftrag gegeben wurde, und die praxisorientierten Vorschläge der Sozialpartner von der alten Bundesregierung nicht in die Diskussion um die Schwerarbeitsregelung aufgenommen und warum haben sie in dieser keinen Niederschlag gefunden?